



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Dezernat III Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 14. November 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0100

WIVERTIS

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.11.2024-

Die heutige WIVERTIS GmbH ist das Ergebnis der Ausgliederung einer ehemaligen städtischen Organisationseinheit in ein PPP-Projekt. Auch wenn dieses inzwischen beendet wurde und sich die WIVERTIS wieder in 100 % kommunalen Besitz befindet, ist als Ergebnis des ehemaligen PPP-Projektes die Rechtsform der GmbH bestehen geblieben.

Die WIVERTIS erbringt fast ausschließlich Leistungen für die Stadtverwaltung. Obwohl es sich also um die interne Erbringung der IT-Services der LHW handelt, unterliegen alle Leistungsbeziehungen zwischen WIVERTIS und LHW der vollen Umsatzsteuer. Etwaige Gewinne sind körperschafts- und gewerbesteuerpflichtig; etwaige Ausschüttungen unterliegen der Kapitalertragssteuer und des Solidaritätsbeitrages.

Am Beispiel des Vorl. Jahresabschlusses 2023 (19,2 Mio EUR Erlöse, 2,1 Mio EUR Jahresüberschuss vor Steuern, 1,4 Mio EUR Jahresüberschuss nach Steuern, Quelle: Bericht II. Q/2024) bedeutet dies konkret: Die WIVERTIS belastet ihre Leistungen an die Stadt Wiesbaden mit 19 % Umsatzsteuer, die die Stadt jedoch größtenteils nicht abziehen kann, was jährlich zu einer zusätzlichen IT-Kostenbelastung von etwa 0,8 - 1,0 Mio. EUR führt. Zudem fallen für die Gewinne von WIVERTIS Ertrags- und Ausschüttungssteuern an, die sich zusammen auf 0,6 Mio EUR belaufen, von denen nur ein kleiner Teil an die Stadt zurückfließt. Insgesamt verursacht die steuerliche Belastung eine jährliche Netto-Mehrbelastung von 1,4 - 1,6 Mio EUR, wodurch weniger Mittel für die Digitalisierung zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sicherzustellen, dass zum Stichtag 01.01.2026 eine rechtssichere und steueroptimierte Struktur für die WIVERTIS in Bezug auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Digitalisierungsziele umgesetzt wird.
2. im Zuge dessen eine ergebnisoffene Prüfung nachfolgender Optionen mit dem Ziel einer Senkung der Steuerlast für die LHW vorzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung regt an, diese Prüfung unter Einbeziehung der an der Steuerung der Verwaltungsdigitalisierung beteiligten Verwaltungsbereiche durchzuführen. Zu prüfende Optionen:
 - a. umsatz- und ertragsteuerliche Organschaft zwischen WIVERTIS und LHW
 - b. Umwandlung der WIVERTIS in einen Eigenbetrieb
 - c. vollständige Integration in die Stadtverwaltung
 - d. weitere alternative Kosten-/Umsatzmodelle zwischen WIVERTIS und LHW.

3. dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen rechtzeitig über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen zu berichten. Eine Beibehaltung des Status-quo ist dabei keine Option.
-

Beschluss Nr. 0281

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird angenommen.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .11.2024

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender